

FLEXIBEL, VERLÄSSLICH UND GERECHT. MODERNE ALTERSVORSORGE NACH DEM BAUKASTENPRINZIP

Bei der Rente geht es vor allem um zwei Dinge: **Verlässlichkeit und Gerechtigkeit. Für Alte, aber auch für Junge. Wir leben heute länger und wollen flexibler arbeiten. Entsprechend brauchen wir ein modernes Rentensystem, das verlässlich und fair finanziert ist und zu allen Lebenswürfen passt. Daher wollen wir:**

Einen flexiblen Renteneintritt ab 60 Jahren

Viele Ältere sind heute länger fit und aktiv und wollen nicht von einem Tag auf den anderen aufhören zu arbeiten. Andere können oder wollen im Alter nicht mehr arbeiten. Wozu soll der Staat dann willkürlich feste Altersgrenzen für den Renteneintritt vorschreiben? Wir wollen stattdessen mehr Selbstbestimmung durch einen flexiblen Renteneintritt: Ab 60 Jahren soll jeder selbst entscheiden, wann er in Rente geht, sofern sein Einkommen aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegt. Wer später in Rente geht, erhält mehr Rente, wer früher geht, weniger. Damit auch Teilrenten und Teilzeitarbeit flexibel kombinierbar werden, soll der Hinzuverdienst aus Teilzeitarbeit nicht mehr von der Rente abgezogen werden. Wer also zusätzlich arbeiten geht, hat auch was davon.

Flexible Altersvorsorge durch einen individuellen Baukasten

Die gesetzliche Rente allein wird den Lebensstandard im Alter künftig nicht mehr sichern können. Denn immer weniger Beitragszahler können auf Dauer nicht die Renten von immer mehr Älteren finanzieren. Auch unsere Arbeitswelt verändert sich: Menschen werden öfter zwischen Anstellung und Selbstständigkeit, Voll- und Teilzeit sowie In- und Ausland wechseln. Daher muss die Rente neu gedacht werden. Wir setzen deshalb auf eine moderne Alterssicherung nach dem Baukastenprinzip: In einem individuellen „Renten-Baukasten“ soll jeder verpflichtende und freiwillige Vorsorgemaßnahmen flexibel kombinieren können. Dazu wollen wir auch die Mitnahme bestehender Vorsorgeprodukte und Anwartschaften sowie den Wechsel zwischen den Formen der Alterssicherung vereinfachen.

Ein Vorsorgekonto für mehr Transparenz

Viele Menschen wissen nicht, wie viel Geld ihnen im Alter bleibt. Deshalb wollen wir, dass jeder stets einsehen kann, wie hoch sein Alterseinkommen aus seinen bisherigen Vorsorgemaßnahmen ist. Dazu soll jeder in einem eGovernment-Bürgerportal freiwillig ein individuelles Vorsorgekonto einrichten können, das diese Informationen übersichtlich darstellt. Denn das schafft Transparenz und deckt Vorsorgelücken auf. So kann jeder frühzeitig erkennen, ob er noch etwas tun muss, um das gewünschte Rentenniveau zu erreichen.

Mehr Freiraum und Rentabilität für private Altersvorsorge

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank belastet die private Altersvorsorge von Millionen Sparern. Damit muss Schluss sein. Dennoch ist es falsch, wenn Teile der Bundesregierung Zweifel an der privaten Vorsorge schüren. Sie ist wichtiger denn je! Stattdessen müssen für Lebensversicherer und Versorgungswerke rentablere Anlageformen einfacher möglich werden, z. B. die Investition in Aktien und Infrastrukturprojekte. Zudem soll die staatliche Förderung auf private Vorsorge allen zugutekommen, also auch Selbstständigen und Mitgliedern berufsständischer Versorgungswerke. Der Staat, der klammheimlich von der Niedrigzinspolitik profitiert, soll die Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Abgaben entlasten, um mehr Spielraum für private Vorsorge zu schaffen.

Gezielte Maßnahmen gegen Altersarmut

Wir wollen, dass alle Menschen ein würdevolles Leben im Alter führen können. Wer das Existenzminimum durch seine gesetzliche Altersvorsorge nicht erreicht, soll nicht länger zum Sozialamt gehen müssen. Stattdessen wollen wir die Auszahlung von Rente und Grundsicherung zusammenführen. Gleichzeitig muss sich freiwillige Vorsorge lohnen. Denn es kann nicht sein, dass jeder Euro, den ein Geringverdiener mühsam für die Altersvorsorge beiseitelegt, später nur dem Staat in die Hände spielt, der dann weniger Grundsicherung zahlt. Einkünfte aus freiwilliger Vorsorge sollen deshalb nur zum Teil auf die Grundsicherung angerechnet werden. Zudem wollen wir Selbstständige verpflichten, bei größtmöglicher Wahlfreiheit für eine Basisabsicherung im Alter vorzusorgen und die betriebliche Altersvorsorge zum Regelfall für alle Beschäftigten machen – allerdings ohne staatlich verwalteten Pensionsfonds.

Eine Schuldenbremse 2.0

Durch die Mütterrente hat die Große Koalition dem Renten-Topf der Beitragszahler Milliarden entzogen. Damit die Rentenkasse nicht weiter beliebig geplündert werden kann, wollen wir eine Schuldenbremse 2.0 im Grundgesetz verankern. Sie stellt sicher, dass versicherungsfremde Leistungen, die im gesamtgesellschaftlichen Interesse erfolgen, aus Steuermitteln und nicht mehr aus den Sozialkassen finanziert werden.

Mehr Informationen finden Sie auf fdp.de/denkenwirneu

DENKEN WIR NEU.